

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden wöchentlich 1,00 Gulden.
Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die 1. Seite 1,50 Gulden, die
2. Seite 1,00 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,50 Gold
mark. Abonnements- und Inseratenverträge in Polen
nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 270

Montag, den 17. November 1924

15. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720.
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckarbeiten 3290

Entspannung im Westen.

Herriot beruft die Separatismusfördernden Generale ab.

Ein Erlass der Interalliierten Rheinlandkommission beruft die beiden französischen Generale de Metz und Denzignès, die das Amt eines Delegierten der Rheinlandkommission in Speyer bzw. Mainz ausübten, von ihren Posten ab. Die beiden Generale werden durch Zivilbeamte ersetzt.

Die Ersetzung der leitenden militärischen Verwaltungsbeamten in der Pfalz und im mittelhessischen Gebiet durch Zivilbeamte bedeutet ein Entgegenkommen Frankreichs über das in London vereinbarte Maß hinaus. Sie kann nur als Zeichen dafür angesehen werden, daß das Kabinett Herriot mit dem militärischen Charakter der Besatzung zu brechen wünscht. Vor allem die Abberufung des Generals de Metz wird Genußnahme über die Grenzen des besetzten Gebietes hinaus erwecken. de Metz war einer der eifrigsten Förderer des Separatismus. Er versuchte die Besatzung der Pfalz vom Reich mit allen Mitteln zu trennen. Er galt in Paris als eine der Hauptstützen für die Rheinlandpläne der französischen Militärs. Seine Abberufung hat prinzipielle Bedeutung.

Die deutschnationalen und völkische Presse, die sich nach wie vor bemüht, den guten Willen des Kabinetts Herriot zu verdunkeln, wird es nicht verlassen, auch diesen Schritt Frankreichs falsch zu deuten und zu verkleinern. Man kann sie bei diesem Treiben unter sich lassen. Es wird diesen Desperados nicht noch einmal gelingen, das Volk irre zu führen. Nur die Erfüllungspolitik hat die Wandlung in Frankreich und damit das Kabinett Herriot ermöglicht. Nur die Erfüllungspolitik hat zu der Befreiung Dortmunds und der Gebiete in Baden und Hessen geführt. Ein Erfolg der Erfüllungspolitik ist es, wenn jetzt der Separatismusgeneral de Metz abberufen wird. Nur die Erfüllungspolitik wird die vertragmäßige Räumung der noch besetzten Gebiete ohne Blutvergießen bringen.

Die Übernahme der Regiebahnen.

Mit dem 16. November sind die Regiebahnen wieder in die deutsche Verwaltung übergegangen. Dieser Anlaß hat der Generaldirektor der deutschen Reichsbahn an die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn des besetzten Gebietes einen Aufruf gerichtet, in dem er den Eisenbahnern für die während des Ruhrkampfes gebrachten großen Opfer seinen Dank ausdrückt. Sicher ist die Wiedervereinigung des wertvollsten Teiles der deutschen Eisenbahnen mit der Reichsbahn ein Anlaß zur Freude. Gleichwohl geziemt es sich nicht — so betont der Aufruf — ihr laut und öffentlich Ausdruck zu geben. Die Zeiten sind noch zu schwer für solche Kundgebungen. Darum ermahne ich alle eindringlich, jeden Uebermut und alles Frohlocken zu vermeiden und es sich genug sein zu lassen an der inneren Genugtuung und dem Gedanken, daß die Bahnen wieder deutsche geworden sind und die Zeit der Trennung nun ein Ende hat.

Zum Schluß verichert der Generaldirektor, daß trotz der Aenderung des äußeren Gewandes das Verhältnis der Reichsbahn zu ihrem Personal das gleiche bleibe wie ehemals.

Die neuen Entwürfe zur Personalordnung der Reichsbahn sind leider nicht so harmlos, daß man lediglich von einer Aenderung des äußeren Gewandes sprechen kann.

Würdeloser Anbiederungsversuch.

Sergt Kopft bei den englischen Konservativen an.

Die Telegraphen-Lion verbreitet nachstehende Verkaufsbearbeitung der amtlichen deutschnationalen Pressestelle:

Durch die deutsche Provinzpresse geht immer von neuem wieder die bereits einmal dementierte Nachricht, daß die Deutschnationalen erkrähen, mit den englischen Konservativen in Verbindung zu kommen, und daß führende Mitglieder der Partei sich demnach zu diesem Zwecke nach England begeben wollen. Tatsächlich sind solche Reisen bisher weder unternommen noch beabsichtigt. Da aber der Berliner Berichtserhalter der „Times“ diese Nachricht herausschreiben haben soll, scheint uns in gewissen englischen Kreisen ein Interesse an solchen Reisen deutschnationaler führender Persönlichkeiten und an persönlicher Bekanntschaft mit ihnen zu bestehen. Wir glauben dieses Interesse, falls es besteht, als Erlaß der Freistellung würdigen zu dürfen, die der Abgeordnete Sergt in seinen letzten Reden machte, nämlich, daß nach der Regierungsübernahme in England durch die Konservativen auch in Deutschland eine parallele Politik erforderlich sei, d. h. daß die Wahl des 7. Dezember die Deutschnationalen zur Regierung bringen muß.

Das ist schon kein Versuchsballon mehr, sondern ein ebenso plumper wie würdeloser Anbiederungsversuch. Weil der Berliner „Times“-Berichtserhalter ein Gerücht weiterverbreiten haben soll (!), monoch deutschnationaler Führer nach England reisen möchten, dreht die deutschnationalen Pressestelle den Spieß um und vermischt den Eindrud zu erwecken, als hätten die Engländer Herrn Sergt nach! Das sei sogar ein Erfolg der Reden Sergts und deshalb müsse man am 7. Dezember deutschnational wählen! Wenn in Deutschland Schecklichter sitzen würde, dann bekämen die Deutschnationalen keine einzige Stimme. Aber noch sogar ihre Führerschaft kein Gefühl für Würde und

Geschmack besitzt, wie soll man sich darüber wundern, daß ihre Anhänger an diesem grotesken Anbiederungsversuch keinerlei Anstoß nehmen?

Die völkische Pleite.

Die völkische Bewegung im Reich wird täglich mehr vom Glanz ergriffen. Ihre eifrigsten Hüter von gestern laufen scharenweise davon, das Geld wird knapp und die Pleite immer größer. Dinter redet bekanntlich bereits jetzt gegen die Organisation, die er hat aufziehen oder — besser gesagt — verleiten helfen. Lafer ihm gibt es mehrere Dutzend Gleichgestimmte, die heute ihr „Geld“ ebenfalls in dem Kampf gegen Ludendorff und seine Getreuen erlösen. Neuerdings ist auch der bisherige völkische Führer Dr. Arnold Ruge, bekannt wegen seiner Aufregung zum Mord, seiner Beurteilung zu einem Jahre Gefängnis und der Vermittlung in ein Fememordverfahren, zu den Anti-Ludendorffern übergetreten. In Karlsruhe hat er in diesen Tagen eine Rede über „Firmege der völkischen Bewegung“ gehalten. Als Spezialisten für diese Dinge muß man Herrn Ruge schon ein gewisses Urteil zutrauen. Unter anderem erklärte er: „Nur ein politisches Rhinoceros könne erwarten, daß die Erneuerung Deutschlands von Bayern käme.“ Ferner stellte Ruge fest, daß auf der Reichstagswahlliste der Völkischen neben ganz wenig aufrichtigen Männern nur Regenwürmer und Dunkelmänner ständen. Die Nationalisten seien übrigens noch frecher als die Juden.

Es erübrigt sich, den „Firmenjammer“ in der völkischen, überhaupt der „nationalen“ Bewegung näher zu charakterisieren. Die Angabe von Tatsachen über das, was sich bei den Nationalsozialisten heute abspielt, langt zur Charakteristik vollkommen aus.

Hitlers Geldquellen.

Unter dem Titel „Sammlungen für Hitler“ veröffentlichte die „Tribüne de Genève“ am Donnerstag eine Niedergabe von Meldungen bayerischer Quellen über die Geldbetteleien Hitlers im Auslande. Sie forderte gleichzeitig eine Klarstellung über die Herkunft der Schweizer Unterstützung, die Hitler gezahlt wurde. Am Freitagmorgen veröffentlicht nun die Genfer „Tribüne“ nähere Einzelheiten. Sie schreibt: „Wir glauben, es ist höchste Zeit, einmal in die allwissenden Untertiefe in der Schweiz hineinzuleuchten. Es wäre deshalb interessant zu erfahren, ob es wahr ist, daß Hitler in Begleitung seines Adjutanten Ganter im September 1923 sich in Zürich im Hotel St. Gotthard aufhielt und dort in gutem Schweizer Gelde 3000 Franken erhielt. Die Verhandlungen

Die belgische Kammer ist Dienstag zu ihrer letzten und vermutlich ganz kurzen Tagung zusammengetreten. Die allgemeinen Wahlen sind verfassungsmäßig spätestens im nächsten Jahres fällig, aber solange wird das todkränke Parlament sicher nicht durchhalten, auch wenn es nicht sofort zur Krise kommt.

Die liberal-liberale Mehrheit der Kammer ist bereits seit Jahr und Tag arbeitsunfähig. Das einzige, was sie zusammenhielt, war die gemeinsame Furcht vor der Sozialdemokratie. Nur weil man den Appell an das Volk nicht mochte, wurde ein Verlegenheitsministerium Theunis nach dem anderen ins Amt gesetzt. Jetzt vermag auch dieses Hilfsmittel. Die beiden regierenden Parteien sind sich in keiner einzigen wichtigen völkischen Frage einig, und in den meisten sind die beiden auch innerhalb der eigenen Reihen hoffnungslos gespalten. Bisher behält man sich eben damit, daß man eine Streitfrage nach der anderen vertagte. Ewig löst sich diese Taktik natürlich nicht fortsetzen.

Noch schwebt die Frage des Frauenstimmrechts zu den Provinziallandtagen wie ein Damoklesschwert über dem Haupt der Regierung, und schon wird sie von einer neuen Gefahr bedroht. Die fortwährende Steigerung der Lebenshaltungskosten hat endlich eine beträchtliche Erhöhung der Beamtengehälter unvermeidlich gemacht, aber ein Teil der katholischen Partei weigert sich, die Zustimmung zur Erhöhung der Steuern zu geben, wodurch die erforderlichen 120 Millionen Franken aufgebracht werden sollen. Es handelt sich hier um eine Frage, in der Theunis nicht nachzugeben gedenkt. Beharrt also eine genügende Anzahl von katholischen Abgeordneten in ihrem Widerstande, dann ist eine sofortige Kammerauflösung nicht zu vermeiden. Die nächsten Tage werden zeigen, ob es die Liberalen wirklich darauf ankommen lassen. Ein Teil von ihnen gewiß, denn sie wollen eben den Bruch mit Theunis. Ein weiterer Teil will den Steuern nicht zustimmen, weil sie im weitestgehenden ihre eigene Wählerchaft, nämlich die durch die Geldwertminderung wohlhabend gewordenen Sandwirte beladen würden. Andere wieder, und das gilt wohl für das Gros der liberalen Partei, möchten wohl im Parteinteresse die Beamtenerschaft knapp vor den Wahlen zurückstellen, wegen es aber nicht unmittelbar nach einer Bewilligung neuer Steuern vor die Wähler zu treten.

Andererseits aber ist eine aus so zweideutigen Motiven herausgeschornene Krise gleichfalls eine recht zweifelhafte Waghalsigkeit. Da würden die Verteidigern unter den Li-

ber des Hitler-Prozesses haben bewiesen, daß die völkischen Führer ihr Gehalt in Schweizer Franken bezogen, während ihre Soldaten Papier bekamen. Hitler zeigte übrigens eine große Vorliebe für das valutastarke Geld. Er kümmerte sich nicht viel um dessen Herkunft und klopfte an alle Türen, selbst an französische.“

Neue Tirpitz-Lügen.

Der deutschnationalen Reichstagskandidat v. Tirpitz hat am Sonnabend unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Hamburger Nationalklub eine Wahlrede gehalten. Er redet aus Prinzip nur vor geladenen Gästen, weil er da besser lügen und die Tatsachen verdrängen kann. In Hamburg hat Tirpitz das auch wieder meisterhaft verstanden, aber dabei vergessen, daß er genau wie die anderen arbeitslosen Generale und Admirale erst vor wenigen Jahren seine Kriegserinnerungen dem In- und Auslande zum Besten gab. Hier erklärte Tirpitz u. a., daß Deutschland in den Krieg hineingeschlittert ist. Damit hat er zugegeben, daß wir den Krieg niemals gewinnen konnten und es ein Verbrechen der Kriegsführung war, als sie im Jahre 1917 die Vermittlung des Papstes zum Frieden ablehnte.

Inzwischen hat Tirpitz umgelernt. Was tut man nicht alles, um ein Mandat zu ergattern, selbst ein deutschnationales. In Hamburg äußerte der frühere Admiral u. a.: „In den Abgrund sind wir nur gestürzt durch die Revolution, die in jahrelanger planmäßiger Vorbereitung die moralischen und militärischen Waffen vernichtete.“

Wohlgemerkt: das sagt der Mann, der zwei Jahre vorher gestand, daß Deutschland in den Krieg „hineingeschlittert“ ist und der sich in seinen „Erinnerungen“ u. a. über die damalige Leitung der deutschen Außen- und Innenpolitik geradezu lügnig macht. Es verlohnt nicht, Tirpitz unter diesen Umständen weiter zu charakterisieren. Das hat Eugen Richter zur Genüge getan, als er den Anspruch tat, daß Tirpitz lügt, daß sich die Balken biegen.

Regierungskrise in Kgypten.

Wie aus Kairo gemeldet wird, sprachen sowohl das Parlament als der Senat dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Zaghlul Pascha das Vertrauen aus. Die innere Krise Kgyptens findet in England angeht, der auf dem Spiele stehenden Interessen größte Bedeutung. Es wird allgemein angenommen, daß Zaghluls Verjüngung auf seinen schlechten Gesundheitszustand nur ein Vorwand für seinen Rücktritt sei. Die konservative Sonntagspresse nimmt übereinstimmend an, daß die Resignation Zaghluls, die eine Folge der Gegnerschaft der Radikalen und der Minorität in der eigenen Partei sei, lediglich ein Manöver darstelle, um die Opposition Herr zu werden. „Observer“ stellt fest, daß der Rücktritt nicht als ein Zeichen einer Schwächung der Position Zaghluls, sondern als Stärke seiner Stellung zu deuten sei.

Regierungskrise in Belgien.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

ritalen schon einen Bruch über die Frage des Frauenstimmrechts vorziehen, weil dies zugleich einen Bruch mit den Liberalen, wenigstens für die Dauer des Wahlkampfes, bedeuten würde. Ein derartiger Scheinbruch ist notwendig, um die katholischen Arbeitervähler über den Bestand der Einheitsfront zwischen dem Klerikalismus und dem freimaurerischen liberalen Kapitalismus zu täuschen.

Hier liegt die tiefere Ursache der belgischen politischen Krise. Ein wachsender Teil der katholischen Arbeiter lehnt sich gegen die Einheitsfront des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie auf. Das ist es, was die gegenwärtige Mehrheit mehr und mehr regierungsunfähig gemacht hat. Die Uneinigkeit in der Regierungsmehrheit erredet sich auf fast alle Gebiete: den Kampf gegen die Feuernung, den Achtundtag, die Sozialversicherung, die Steuererlässe, die auswärtige Politik. Ohne die Liberalen haben aber die Katholiken keine Mehrheit, und die Liberalen selbst sind nur noch eine kleine Gruppe. Was soll da werden? Ein großer Umbruch im gegenwärtigen Kräfteverhältnis der Parteien ist bei dem belgischen Wahlsystem nicht zu erwarten. Bleibt es also bei den gegenwärtigen harten Parteigrenzen, dann ist überhaupt nicht einzusehen, wie es in Belgien vorerst noch an einer regierungsfähigen Mehrheit und einer arbeitsfähigen Regierung kommen soll.

Der einzig sichtbare Ausweg drängt sich trotz der in Belgien sehr stark eingewurzelt Parteiorganisation der öffentlichen Meinung immer mehr auf. Schon in der gegenwärtigen Kammer wäre eine arbeitsfähige Mehrheit da, wenn die Parteilocher überwunden werden könnten. Den Sozialdemokraten fehlen in der Kammer nur 25 Stimmen zu einer Mehrheit, und diese Mehrheit ist potentiell ausreißend vorhanden, wenn die beträchtliche Gruppe katholischer Demokraten, die mit ihrer Parteimehrheit im ewigen erbitterten Kampfe liegen, und die wenigen liberalen Demokraten hinzugerechnet werden. Diese Mehrheit hat sich tatsächlich schon einmal gebildet, namentlich als die letzte Theunis-Regierung in der Kammer gestürzt wurde. Wenn diese beiden demokratischen Gruppen neben den Sozialdemokraten, wie anzunehmen ist, im kommenden Wahlkampf Erfolge erzielen, dann dürfte es in der Zeit zu einer derartigen Regierbildung kommen. Belgien hätte dann endlich wieder nicht nur eine arbeitsfähige Regierung, sondern auch eine, die zweifellos dem überwiegenden Volkswillen entspräche. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, würden die Sozialdemokraten eine recht baldige Kammerauflösung begrüßen.

Der Stand der Aufwertungsfrage.

Von Abg. Dr. Kammerer.

III.

Für Pfandbriefe und Rentenbriefe von Grundbesitzverhältnissen, sowie andere Schuldverschreibungen auf den Kapital- (z. B. Stadtschulden) steht das Gesetz für Kapital- und rückständige Zinsen einen Aufwertungsbeitrag von 10 Gulden für je 100 Goldmark vor. Ist die Ausgabe vor dem 19. Januar 1918 erfolgt, so gilt der Nennbetrag als Goldmarkbetrag. Ist die Ausgabe nach dem 1. Januar 1918 erfolgt, so erfolgt die Errechnung des Goldmarkbetrags für den Ausgabebetrag nach den oben dargestellten Grundsätzen. Ein Monat nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ist die Tilgung von Anprüchen durch Rückzahlung in Pfandbriefen und Rentenbriefen nicht mehr zulässig. Die Befriedigung der Hypothekenspannbriefgläubiger kann mit Zustimmung des Senats auch in neu auszugebenden auf Gulden lautenden Hypothekenspannbriefen erfolgen. § 11 des Hypothekenspannbriefgesetzes tritt insoweit außer Kraft, als es zur Durchführung des Abs. 4 erforderlich ist.

Für die Fälligkeit und Stundung des hieraus folgenden Aufwertungsbeitrages gilt dasselbe, wie für die oben unter II behandelten Ansprüche, jedoch findet im Falle einer Stundung eine Erhöhung des Auszahlungsbetrags nicht statt.

IV.

Für Sparguthaben bei öffentlichen Sparkassen ist ein Ausgleich von 30 Gulden für je 100 Goldmark zu leisten, jedoch nur für solche Guthaben, die vor dem 1. Januar 1918 begründet worden sind und noch aus der Zeit vor dem 1. Januar 1918 bestehen. Bei der öffentlichen Sparkasse in Danzig ein Sparguthaben von 500 Mark gehabt hat, und davon im Jahre 1919 und im Jahre 1921 je 200 Mark abgehoben hat, erhält Aufwertung nur von einem Betrage von 100 Mark. Dies Ergebnis erscheint unbillig, da die von ihm abgehobenen Beträge bereits erheblich entwertetes Geld darstellten. Die Auszahlungsbeträge sind bis zum 31. Dezember 1920 unverzinst und werden von da an mit 3 Prozent verzinst. Zahlbar sind sie erst dann, wenn der bei den öffentlichen Sparkassen nach besonderen Bestimmungen zu bildende Ausgleichsfonds hierfür ausreicht. Bei der Auszahlung sind Ansprüche bis zur Höhe von 300 Gulden vorweg zu berücksichtigen. Gerade diese Bestimmungen über Sparguthaben erheben noch stark verbesserungsbedürftig und wir bereiten für die zweite Lesung Entwürfe vor, die insbesondere die kleinen Sparer und die Minderen, deren Vermögen auf den mündelreichen Sparkassen angelegt werden mußte, besser stellen sollen.

Sparguthaben und Depositengelder bei nicht öffentlichen Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Banken sind mit einem Betrage von 30 Gulden für je 100 Goldmark aufzuwerten. Ist der Schuldner hierzu nicht instande, so ist entsprechend den Bestimmungen für öffentliche Sparkassen ein Ausgleichsfonds zu bilden, aus dem die Gläubiger anteilmäßig zu befriedigen sind. Als aufzuwertende Sparguthaben sollen auch befristete und unbefristete Einlagen eines Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber gelten.

V.

Für Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen soll der Ausgleich nach einer vom Senat zu erlassenden Verordnung erfolgen.

VI.

Von der gesetzlichen Regelung ausgenommen, also der gerichtlichen Entscheidung vorbehalten, sind Ansprüche auf Zahlung einer bestimmten in der Währung des Deutschen Reiches ausgedrückten Geldsumme aus gegenseitigen Verträgen, insbesondere auch Gesellschaftsverträgen und anderen Beteiligungsverhältnissen, aus Abfindungen, Auseinandersetzungen oder ähnlichen Rechtsverhältnissen, sofern es sich nicht um einen im Gesetz besonders geregelt Anspruch handelt. Unberührt bleiben ferner Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen, die bei Erbbaurechtsverhältnissen, bei einem mit der Heberleiung eines Grundstücks in Verbindung stehenden Miteigentumsvertrage (Leibgeding-, Leibrenten- oder Auszugsvertrage) begründet sind, in diesen Fällen auch dann, wenn der Anspruch bereits an anderer Stelle des Gesetzes berücksichtigt

ist. Alle anderen Ansprüche werden, wie bereits gesagt, überhaupt nicht aufgewertet, insbesondere auch nicht Ansprüche aus einer laufenden Rechnung oder einem Kontokorrent, die den Saldo als solchen betreffen.

Neue Wählerfolge der Linksparteien.

Gestern fanden in Schwerin Stadtverordnetenwahlen statt. Gegenüber den Reichstagswahlen vom 4. Mai stieg die Zahl der demokratischen Stimmen von 1887 auf 2698, die der Sozialdemokraten von 6952 auf 6628; die von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gebildete wirtschaftliche Einheitsliste erzielte 9780 gegenüber 11547 Stimmen. Die völkischen Stimmen gingen gleichfalls zurück und zwar von 4913 auf 1988, die der Kommunisten von 1230 auf 689. Auf die wirtschaftliche Einheitsliste entfielen damit 23 (28), auf die Demokraten 6 (4), auf die Sozialdemokraten 15 (15), die Kommunisten 2 (8), die Nationalsozialisten 3 und auf eine Angestelltenliste ein Sitz.

Bei den Gemeindevahlen in Anhalt blühten die beiden Flügelparteien Völkische und Kommunisten beträchtlich an Stimmenzahl ein. Die übrigen Parteien dürften dem „Montag“ zufolge wohl ihren Bestand nach den bisher vorliegenden Nachrichten behaupten.

Die babilonischen Hungerunruhen.

Auch die Freitagssitzungen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik ergaben, wenn man das Ergebnis vorwegnimmt, nichts wesentlich Belastendes für den Angeklagten Herbst. Etwa 20 Zeugen, die während der nahezu 5 Stunden dauernden Sitzung vernommen wurden, rückten von ihren früher vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen ab und behaupteten teilweise gerade das Gegenteil. Bei der Vernehmung des einzigen Zeugen, der den Angeklagten Herbst am Hauptunruheort in Vörrach mit einem Gewehr gesehen haben will, stellt die Verteidigung den Antrag auf Unterbrechung seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit. Dieser Antrag wird jedoch vom Vorsitzenden abgelehnt, weil sich der Senat über die geistigen Fähigkeiten des Zeugen selbst ein Urteil bilden kann. Eine weitere Auseinandersetzung zwischen Gericht und Verteidigung entfiel bei der Prüfung der Verteidigungsfähigkeit der bereits vernommenen Zeugen. Der Vorsitzende lehnt die Beteiligung einiger Entlastungszeugen ab, weil sie zur Zeit der Vörracher Unruhen von der Schutzpolizei festgenommen worden waren; dadurch seien sie beeinträchtigt gewesen. Rechtsanwalt Dr. Sedel-Frankfurt hält diesen Einwand für nicht stichhaltig, da die „widgewordene“ Schutzpolizei die Leute damals wahllos festgenommen habe. Die Verhaftung begründe nicht durchweg den Verdacht der Beteiligung. Dieser Einwand des Verteidigers dringt jedoch nicht durch. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschließt der Staatsgerichtshof, in Anbetracht der zahlreichen Widersprüche zwischen den Aussagen des Untersuchungsprotokolls und denen der Zeugen vor Gericht den mit der Voruntersuchung beauftragten Untersuchungsrichter vor dem Staatsgerichtshof den neuen gegenüberzustellen. Zusammenfassend kann nach Abschluß der Vernehmungen zum Fall Herbst bereits soviel gesagt werden, daß die Anklage gegen Herbst wegen verbotenen Waffentragens und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten kaum die nötigen Belastungszeugen gefunden hat.

Grey zur Kriegsschuldfrage.

In einer Rede in Newcastle erklärte Lord Grey: Die Anwesenheit Lord Cecil's in der Regierung sei ein klarer Beweis dafür, daß sie eine Völkerverständnispolitik verfolgen werde. Grey erklärte weiter: Er sehe jetzt, was er 1914 nicht gesehen habe nämlich, daß ein Krieg infolge des Aufwachsens der Rüstungen unvermeidlich war und er sei zu dem Schluß gekommen, daß es, welches auch immer die Schuld Deutschlands am Kriege gewesen sein möge, den Krieg in jenem Jahr herbeiführt zu haben, das Aufwachsen der Rüstungen gewesen sei, was den Krieg wirklich

unvermeidlich gemacht habe. Der nächste Krieg würde das Ende der Zivilisation bedeuten. Grey erklärte schließlich: er werde niemals dafür eintreten, daß die britische Flotte in den Dienst eines auswärtigen Tribunals gestellt werde.

Vom Fabrikarbeiter zum Vizekönig.

Sir James D'Grady, der kürzlich vom König von England geadelt wurde, hat am Sonntagabend London verlassen, um den Posten eines Gouverneurs der Provinz Tasmanien in Australien zu übernehmen. D'Grady, der seine Laufbahn als Fabrikarbeiter begonnen hat, war lange Mitglied der Executive der englischen Gewerkschaften. Mehrmals weilte er als britischer Delegierter auf deutschen Gewerkschaftskongressen. Lange Jahre war er Abgeordneter der Arbeiterpartei. Er ist der erste Angehörige der Arbeiterpartei, der den Posten eines britischen Gouverneurs bekleidet, nachdem der ursprünglich in Aussicht genommene Abgeordnete Royce vor der Übernahme des Amtes plötzlich gestorben ist. Eine große Menschenmenge gab D'Grady das Geleit zum Bahnhof.

Falschkeitskredite. Am Sonnabendmittag ereignete sich ein Zwischenfall, als der russische Botschafter in Rom Mussolini einen Besuch abstattete. Ein junger Falschkeitskredit bei der Einfahrt des Automobils des Botschafters in den Palazzo Chigi die kleine russische Flagge herunter. Der Täter wurde festgenommen. Mussolini sprach dem Botschafter beim Empfang sein Bedauern aus.

Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. Die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland hat sich jetzt nach Moskau begeben. Die Delegation besteht aus Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsernährungsministeriums und des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, im ganzen 14 Herren. Wie der Deutsch-Russische Verein mitteilt, ist man sich auf deutscher Seite darüber im Klaren, daß die Sowjetregierung das größte Gewicht auf die Anerkennung des russischen Außenhandelsmonopols legen wird. Zudem dieser Sachlage Rechnung getragen wird, ist man in Deutschland der Ansicht, daß auch bei Aufrechterhaltung des Grundfasses des Außenhandelsmonopols sich praktische Möglichkeiten ergeben, den Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden Ländern weit mehr zur Entfaltung zu bringen, als es in den letzten Jahren der Fall war. Das dieser Gedanke berechtigt ist, beweist die Wandlung, welche die Handelsbeziehungen Rußlands mit dem Ausland im Laufe der letzten zwei Jahre durchgemacht haben, in sehr klarer Weise. Der größte Uebelstand im Handelsverkehr zwischen Deutschland und Rußland besteht darin, daß jede Befruchtung des Handels durch persönliche Emissionen mit den russischen Wirtschaftsführern in Rußland für deutsche Interessenten, als Auswirkung des Außenhandelsmonopols, fast unmöglich geworden ist. Alle Verhandlungen und Vereinbarungen werden von russischen Vertretern in Deutschland geführt, während russische Vertreter nach Rußland und die Bearbeitung des russischen Marktes fast verwehrt bleibt. Dadurch gehen auch für die russische Wirtschaft außerordentlich große Werte verloren, da der deutsche Kaufmann im unmittelbaren Verkehr mit den russischen Wirtschaftlern in zahlreichen Fällen in der Lage sein wird, Mittel und Wege zu finden, ein für beide Teile lohnendes Geschäft zustandzubringen, auch dort, wo der mehr nach bürokratischen Vorschriften verfahrenende Beamte keinen Ausweg sieht. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, wird die nach Moskau zu Handelsvertragsverhandlungen gehende deutsche Delegation Vorschläge für die Gestaltung des Handelsverkehrs machen.

Gehaltsforderungen der belagerten Eisenbahn- und Postbeamten. Ungefähr 30 000 Eisenbahn- und Postbeamte durchsetzen in achtmonatigem Zuge die Kommanden in Pommern und schließen eine Abordnung zu dem Ministerpräsidenten, damit die Gehälter erhöht würden. Ministerpräsident Thieme erklärte sich bereit, die Gehaltsanfrage zu bewilligen, wenn der Ertrag der im Parlament beschlossenen und zur Annahme gelangten Steuern es erlaube.

Raucht Yenidze's Doppelpunkt: Die erstklassige 2-Pfg.-Zigarette.

Gerhart Hauptmann's politisches Bekenntnis.

Der Dichter Gerhart Hauptmann hat bisher nur selten und auch dann nur sehr zurückhaltend das Wort zu den großen politischen Weltanschauungskämpfen unserer Zeit gesprochen. Jetzt hat er nunmehr Gelegenheit ergriffen, seine Auffassung über die politischen Stimmungen im deutschen Parteienleben kundzutun. Die Demokratische Partei in Zukunft sollte ihn als Redner zu einem vaterländischen Abend in Tübingen einladen. Hauptmann, der zurzeit in Lugano weilte, sollte von dort mit einem Junfermannzug abgeholt werden. Er mußte dieses Verlangen jedoch zu seinem eigenen Bedauern ablehnen. In einem Brief, den er an den Bürgermeister von Dessau, den Demokraten Hesse, richtete und in dem er seine Absicht begründet, legt er gleichzeitig sein politisches Bekenntnis ab und zwar schreibt er:

Lugano, Parkhotel, den 12. November 1921.

Herrn Bürgermeister Hesse, Dessau.

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Sie wollen, daß ich an einem vaterländischen Abend in Dessau öffentlich rede, und damit ich noch zurecht komme, will ich von hier, nämlich Lugano, im Flugzeug über die Alpen getragen werden und nach geladener Arbeit wieder zurück. Dieser kurze Antrag, großzügig, wie er ist, hat mich nicht wenig erregt. Er zeigt einen hoch durchgreifenden Parteilosigkeit und ich bin in hohem Grade ehrendes Vertrauen in mich. Es lohnt Ihnen, sollte es, was es sollte, mich herbeizulassen, und müßten Sie mir auch Flügel anleihen.

Es wird nicht weniger wertvoll erachten Sie mein Wort und meine Gegenwart im vaterländischen Dienst. Wenn ich der gleichen Meinung wäre, würde ich mich wohl jetzt schon mit dem großen Vogel weichen, der mich holen soll. Aber ich bin nicht ganz Ihrer Meinung. Man kann etwas Gutes sagen, man kann etwas Gutes wissen, man kann eine Hand voll besserer Gedanken ansetzen und erreicht nichts weiter, als daß man sich zu der allerhöchsten Handlung hätte verhalten sollen. Und was man aus lauterer Heberschneidung zum Vorteil des Vaterlandes sehen meint, wird vielleicht als eine Art Verbrechen angesehen.

Ich sehe dort, wo die Wartburg-Jugend, wo Fritz Reuter hat, wo mit keinem letzten Gedanken Bismarck gehandelt hat. Ich sehe unter denen die besterhalten sind, und die aus dem überaus grandiosen, vergangenen Kriegsergebnis eine Lehre gezogen haben. Unter denen, die je eher, je lieber, den letzten Sommer weniger wußten, oder unter denen, die

ihn vergessen haben, sehe ich nicht. Freilich habe ich auch mit jenen nichts gemein, die in alle Ewigkeit den Buckel geduldig hinhalten wollen.

Wohin haben die Partisaneien der Heißsporne unser Volk in den letzten Jahren geführt? Vorhin, wo ein weiterer Schritt es in den Abgrund gestürzt hätte. Nein, der Gezeichnete braucht Schonung und Ruhe, und ich bin gewiß, daß unser Volk, unser Land augenblicklich ein geneigendes ist. Wenn man freilich die widerwärtigen empörten Kräfte im deutschen Volkstörper sieht, so wird man ihn als heiferer noch nicht anprechen. Uebrigens haben ja Republiken stets eine etwas höhere Temperatur. Bedingungen, nicht Absichten, sagt Herbert Spencer, sind das Bestimmende in jeder Entwicklung. Lassen wir uns darum auch von dem Chaos widerstrebender Absichten nicht allzu sehr niederdrücken. Ich habe Vertrauen zu den Bedingungen. Ich glaube, daß im deutschen Wesen eine unerschütterliche Kraft als letztes Gemeindegut ist, und will das glauben, so lange ich atme. Ich bin immer mit niemand überein, der dem Deutschen, wie es üblich ist, Rationalgefühl abbrechen will. Wir haben, sagt Alfred Weber, Rationalgefühl. Wer uns das abbrechen, kennt uns nicht. Ich gebrauche dieses Wort, weil die offenkundige Tatsache nur selten so unangenehmigen Ausdruck findet. Die sogenannten „Nationalen“ können viel zum inneren Frieden beitragen, wenn sie endlich davon ablassen, die weit überwiegende Mehrzahl ihrer national gegünsteten Mitglieder allein schon dadurch zu degradieren, daß sie sich „national“ nennen. Da sie sich auch allein besser halten, so ermahne ihnen daraus naturgemäß im neuen deutschen Volk die größte Geuerlichkeit, die vielleicht auch ihr Gutes verhindert.

Die Sie sehen, hochverehrter Herr Bürgermeister, hat Ihre Klage-Aufforderung meine politische Ader nicht ganz unverletzt gelassen. Ich mache Sie gern zum Mitwisser dieser Tatsache. Manael an Freiheit in dieser Beziehung würde ich auch eines Mannes nicht würdig sein.

Rechnen Sie also, falls meiner Person, wenigstens diese Seiten, und tun Sie damit, was Ihnen beliebt: Da ein Klagen für Sie einen unverhältnißmäßigen Aufwand bedeuten würde, lese ich sie mit der üblichen Briefsonne, auch weil es mir gut scheint, daß man hinter politischem Dünkel immer wieder den stillen Friedensstempel ein wenig rathen hört. Man ist mit ihm einverstanden, inmitten aller karmatischen Eueraten des Volkstammes, auf das Hinweisen, worin die weitest weichen Dichtungen einig sind: die Liebe zu Volk und Vaterland.

Mit den angelegentlichsten Empfehlungen

Dr. Gerhart Hauptmann.

„Empörer in der Dichtung.“

Ferdinand Gregori im Danziger Stadttheater.

In der gestrigen 6. literarischen Vortragsreihe zeigte Ferdinand Gregori vor einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft die tiefgreifende Begier der Empörer aller Zeiten, haltend an den großen Stationen eines Hios. Prometheus, Satan, Faust, des Schweizer's Stauffacher und des Uebermenschlichen Nietzsche. In einer geräumigen Stunde ward man durch Reden getragen, erlangen wachstvoll die prophetischen Stimmen der Amber-Bibel, der Nibelungen, Milton, Goethe, Schiller und Nietzsche. Die Gegenwart ging leer aus. Gregori begründete dies in einer meisterlich prägnanten, von tiefem wissenschaftlichen Ergründen und Erfassen zengenden Einführung: Der neueren Zeit fehle der Gegenpol; der junge Empörer wende sich mit seiner Auflehnung an zu kleine Widerstände, statt gegen den Kosmos, gegen die Gottheit vorzutreten.

Gregori ist als Vortragsmeister bekannt. Er hat hier seine große Gemeinde, was der geistige Reichtum des Theaters bewies. Ich habe über ihn und seine große Kunst hier schon öfter berichtet, und auch gestern wieder zeigte sich, daß es nicht das Technische allein ist, womit dieser beträchtliche Sprechkünstler die Zuhörer in seinen Bannkreis zieht: es ist vor allem auch sein großes, akkumuliertes Wissen, und daraus wieder kommt dieser heilige Reichtum, mit dem er sich an die gewaltigen Stoffe heranmacht. Er ist da ein Priester, dienend und opfernd. Was seiner sprachlichen Beherrschung des Schmerzes, des Schmerzes, der Empörung wachst unumkehrbar das Erlebnis. Jedes der dargebotenen Stücke hatte seinen Reichtum, seine besondere Faszination. Man muß es gehört haben wie Ferdinand Gregori das Buch Hios bringt, wie er den Vorgang laut und dann aus seiner Mitte den Hammer des geschlagenen Gottesknechts emporklagen läßt, wie er dem demütig überwunden den Ueberwältigten, Unerlösbaren gegenübersteht, der Feindes dem Schöpfer.

Das war unvergleichlich.

Das war eine wahrhaftige Roggenfeier!

S. O.

Neues Aussehen der Volkshilfsbewegung in Mitteldeutschland. Die starke Zunahme der Volkshilfsbewegung in Mitteldeutschland, deren Zahl jetzt nahezu 50 erreicht hat, macht eine Abtrennung des Thüringischen Landes vom bisherigen Organisationsgebiet notwendig. Das neue, künftige Kreissekretariat befindet sich in Jena. Die Kreisverwaltung ist in Jena und Anhalt bleiben dem Kreissekretariat in Jena unterstellt.

Oben. Eine Sitzung der Gemeindevor-
sitzung findet am Montag, den 17. November, nachmit-
tags 8 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathhauses statt. Die
Tagesordnung der öffentlichen Sitzung umfasst nicht weniger
als 20 Punkte, darunter Antrag der sozialdemokratischen
Fraktion auf Vereinfachung von Mitteln zum Ankauf von
Brot, Kohlen und Kartoffeln für Minderbemittelte; Antrag
der bürgerlichen Parteien auf Gewährung von Wintervor-
räthen (Brennmaterial, Kartoffeln usw., civ. Bekleidung)
oder auch Bargeld an Minderbemittelte; Eröffnung der
Gewerbesteuer für arme Schulinder; Genehmigung der
trotzdem bereits ausgeführten und noch auszuführenden
Kontrollarbeiten und Bewilligung der dafür erforderlichen
Geldmittel; Beschaffung der Konradstraße und Bewilligung
der dafür erforderlichen Geldmittel; Schaffung einer Abfall-
anlage auf dem Feloner Platz und Bewilligung der Geld-
mittel; Antrag der kommunistischen Partei betreffend Schaf-
fung der Wohnungsausschusskommission; Neuwahl der
Bezirke für das Mietenausschussamt; Antrag des Gemeinde-
verordneten Gen. D. S. Krowski betreffend Befreiung der
Unterstützungsempfänger von der Kanalgebühr; Antrag der
Gemeindevorordneten der kommunistischen Partei auf Er-
höhung der Unterstützung an Ortsarme; Festsetzung des
Preises der Materialbezüge, die den Beamten und Ange-
stellten auf das Dienstentkommen anzurechnen sind; Fest-
setzung der Mieten für die Wohnungen in den Gemeinde-
häusern und in den durch die Gemeinde hergestellten Woh-
nungen; Zuschuss zum Bau eines Zollabfertigungsgebäudes;
Bewilligung der Kosten für den Umbau im Rathause; Er-
hebung von Zuschlägen zur Grundsteuer; Neurege-
lung der Vergütung von Räumern im Lager zu Veranlagun-
gen; Antrag der Deutschsozialen Partei auf Freistellung
der Gefangenvereine von der Anwaltschaft; Aufhebung der
Kohlensteuer; Verteilung der Straßenreinigungskosten für
1934 auf Gemeinde und Anlieger; Tarif für die Erhebung
von Marktstandgeld; Verpachtung der Marktstände; Er-
satz eines Mitgliedes für den Steuerzuschuss für Grund-
steuer; Anträge in Sachen der Herbergsteuer und even-
tueller Bewilligung darüber; Antrag auf Herabsetzung der
Gebühre und Verbesserung der Straßenbeleuchtung; Auf-
hebung des Beschlusses vom 22. Januar 1930 betr. Ausschluss
der Mitglieder der Gemeindevertretung von Lieferung und
Verkäufen der Gemeinde, die im Submissionswege vergeben
werden. Aufstichend soll eine geheime Sitzung stattfinden.

Aus dem Osten

Königsberg. Eine Königsberger Handels-
Delegation in Moskau. Ihre Aufgabe besteht in
der Klärung der Transport- und Finanzierungsverhält-
nisse des Königsberger Hafens in bezug auf die Handels-
operationen mit Sowjetrußland, wobei Königsberg als
Verbindungsstelle für den Handel mit Weidwiesland
hervorgehoben wird. Zur Verwirklichung dieses Planes bestehen
schon Abmachungen mit Lettland und Litauen, was Er-
leichterung des Verkehrs anbelangt. Die Delegierten wollen
auch in Moskau Tarifermäßigungen auswirken und die
Schaffung einer deutschen ökonomischen Institution zu In-
formationszwecken in Moskau beschreiben. Die deutschen
Delegierten wollen dann weiter über Kurland und Litaunien
in den Baltischen Meer und dann über Weißrußland wieder
nach Königsberg zurückkehren.

Königsberg. Ein neues Schlingensheim. Auf
Anregung des hiesigen Städtischen Wohlfahrtsamts hat das
Königsberger Städtische Städtchen sich bereits erklärt,
in den oberen Räumen des Baisenhofes, Aufschraße, ein
Schlingensheim zu errichten, in dem vorläufig bis zu 35
Schlingensheimen wohnen, volle Versorgung. Gelegenheit zur
Unterhaltung in den Freizeiten gewährt werden soll.
Eine Reihe von Zimmern werden als Schlafzimmer, ein
weiteres als Bad- und Badezimmer, ein Saal zum ge-
meinschaftlichen Aufenthalt in Freizeiten, bei Bedarf auch
ein Saal- und Lesezimmer eingerichtet werden. Die
Höhe der Verrechnungskosten hängt auch davon ab, wie weit
die Einrichtung unterhalten wird, jedoch muß jedenfalls
bei Bedarfsmäßigkeit der Satz so ermäßigt werden, daß er
tragbar ist.

Stettin. Kein Roman! Am 20. September wurde
der hiesige Kaufmann Josef Simons vom Großen Schöff-
engericht wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges
wegen eines weiteren Verurteilungssatzes zu 2 1/2 Jahren
Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil hatte der Ange-
klagte Berufung eingelegt. Der Angeklagte ist der Sohn
eines Kleinfabrikanten. Mit 20 Jahren gelangte er schon
auf die hiesige Ebene. In Halle hatte er sich als reicher
Fabrikbesitzer aufgeschrien mit 2 Millionen Mark Vermögen.

Schließlich fällte er einen Schein in Höhe von 66 000 Mark.
Im Oktober 1931 wurde er aus dem Gefängnis entlassen.
Inzwischen hatte er Beziehungen mit einer Tochter eines
wohlhabenden Berliner Bürger angeknüpft. Durch Groß-
sprecheren und Bitten gewann er das Vertrauen seines
Schwiegeraters, mit dessen Hilfe er ein Maschinen-
exportgeschäft einrichtete. Er reiste geschäftlich ab
und zu nach Stettin. Im Dezember lernte er im Parabe-
kaffee eine Dame kennen, die hier am Orte zwei gut-
gehende Geschäfte ihr eigen nannte. Der 37-jährigen Ge-
schäftsinhaberin war der junge Mann sympathisch, und sie
betraute sich als die Braut des Fabrikbesitzers Simons.
Er meinte gelegentlich zu ihr: Ich gehöre doch jetzt zur
Familie und werde dafür sorgen, daß dein Geld vor Ent-
wertung geschützt ist. Die gutgläubige Braut handigte ihm
nach und nach 17 Millionen — damals eine recht ansehnliche
Summe — aus. Schließlich betraute er seine Berliner
Braut und unternahm eine Hochzeitsreise nach dem be-
kannten Erholungsort Garmisch-Partenkirchen. Die Kosten
dieser Hochzeitsreise trug die Stettiner Braut, die
von allem nichts ahnte. Er kaufte dann das erste Hotel der
Stadt Berlin gegen Zahlung einer jährlichen Rente von
6000 Mark an den bisherigen Inhaber. Als Sicherheit
wurde bei der Camminer Kreisbankstelle Hagen ein Kassen-
scheck verpfändet hinterlegt. In diesem Kassen-
scheck sollten sich angeblich 110 000 Mark befinden. In Wirklich-
keit bildeten den Inhalt 100 000 österreichische Kronen gleich
sechs deutsche Rentenmark. Schließlich verließ ihn seines
Glückes Stern. Die betrogene Stettiner Braut fuhr nach
Berlin und erzählte die schlimmen Geschichten. Er floh in
die „Fremde“ — nach Bayern — und verübte dort weitere
Straftaten, die mit zwei Monaten Gefängnis bestraft wur-
den. Endlich wurde der Hochstapler erfaßt. Die Beweils-
aufnahme ergab seine Schuld in vollem Umfange. Die Ver-
urteilungskammer bestrafte ihn das Urteil der ersten
Instanz.

Memel. Zwischenfall mit litauischen Offi-
ziere. Ein unliebsamer Zwischenfall ereignete sich auf
der Ribauer Straße, wo ein Kavallerieoffizier von einem litauischen
Offizier geohrfeigt wurde, weil er den Arm des Offiziers
anscheinend geohrfeigt hatte. Der Offizier rebete mit heftigen
Worten auf Litauisch auf ihn ein, was jedoch von dem
Zivilisten, der der litauischen Sprache nicht mächtig war,
nicht verstanden wurde, er fragte den Offizier, was er
wollte, worauf er als Antwort eine Ohrfeige erhielt. Ein
anderer Herr ergriff einen Schlag nur dadurch, daß er
rechtzeitig auswich. Von der anderen Seite der Straße
kam dann noch ein weiterer Offizier hinzu der gleichfalls
eine drohende Haltung einnahm, während zwei weitere
Offiziere auf der gegenüberliegenden Straßenseite standen.
Der Vorfall hat die gesamte Bevölkerung Memels sehr
erregt und wird nicht dazu beitragen, die bestehende Unzu-
friedenheit über die augenblicklichen Zustände zu beseitigen.

Reval. Duellforderungen im estländischen
Parlament. In den letzten Sitzungen der estländischen
Staatsversammlung ist es zu großen Kämpfen und per-
sönlichen Beschimpfungen gekommen. In Verfolg dieser
Vorgänge hat der Abg. J. J. J. dem Finanzminister Strand-
mann und Strandmann seinerseits dem Abg. Finerfon eine
Duellforderung ausgehen lassen. Der Abg. Martinson wurde
für eine Sitzung ausgeschlossen, weil er die Staatsversamm-
lung ein Sottentotentparlament genannt hatte.

Aus aller Welt

Großfeuer in einem Gummiwerk. Freitagabend ent-
stand in den Hanseatischen Gummiwerken in Moorfeld bei
Hamburg ein Feuer, das sehr rasch um sich griff. Die
Fabrik fertigt zurzeit Gummirohstoffe für Regenmäntel an.
Das große Gebäude stand bereits in Flammen, als vier
Ränge der Fabrikfeuerwehr und ein Löschboot am
Brandplatz erschienen. Die alle Fabrik brannte bis auf die
Umfassungsmauern nieder und die Feuerwehr mußte sich
darauf beschränken, einen Neubau, in dem auch schon ge-
arbeitet wird, zu schützen. Große Gefahr bestand auch für
die in der Nähe befindlichen zwei gedeckten Banerhäuser.
Anschließend handelt es sich bei dem Feuer um Selbstent-
zündung.

Ein feines Geschäft. Infolge der Rückziehung der
französischen Truppen aus Gelsenkirchen sind u. a. in dieser
Stadt ebenfalls Wohnungen samt Möbel, die von den Be-
sitzern beschlagnahmt waren, dem öffentlichen
Wohnungsmarkt zurückgegeben worden. Die Beschlagnahmten
hatten verfügt, daß die freierwerbenden Möbel an minderbe-
mittelte Familien zu billigen Preisen abgegeben werden.
Dagegen hat der Verband der Möbelhändler Protest er-
hoben und verlangt, daß sämtliche Möbel dieser Art vom

Verband aufgekauft werden können. Die freien Gemein-
schaften und die Vertreter der sozialdemokratischen Partei
haben gegen diese beabsichtigte Schöpfung der Allgemeinheit
schärfste Verwahrung eingelegt. Sie verlangen, daß
alle freierwerbenden Möbel unter Aufsicht der Stadtverwaltung
durch die Stadtverwaltung zu billigen Preisen der minder-
bemittelten Bevölkerung überlassen werden. Dem Prote-
st wird voraussichtlich Folge gegeben werden.

Aus Genot gerettet. Ein auf der Adria umherziehendes
Schiff mit 32 Arbeitern, das sich von seinem Anker bei
Sehungsarbeiten an einem ehemaligen österreichischen
Kriegsschiff losgerissen hatte, wurde von zwei Schleppern
die nach ihm ausgesandt worden waren, an der Po-Mündung
aufgefunden, wo es auf einer Sandbank festlag. Zu-
erst wurden die Insassen gerettet, schließlich gelang es auch
das Schiff wieder flott zu machen.

Großfeuer in New-Jersey. „Chicago Tribune“ meldet
aus New-York: Ein großer Teil von New-Jersey ist gestern
morgen von einem großen Brand heimgesucht worden, wo-
er in der Geschichte der Stadt einzig dasteht. Das Feuer
brach um 9 Uhr morgens in einer Salpetermineralen aus im
verbreitete sich rasch über vier Stadtteile hin. Durch die
durch zahlreiche Explosionen in die Luft geschleuderte
Trümmerstücke wurde der Brand noch weiter verbreitet.
In einem Teil fielen diese Stücke in eine Schar Schul-
kinder, von denen viele verletzt wurden; über 900 Familie
sind obdachlos geworden. Über 35 Familien sind dem
Brand zum Opfer gefallen. Zehn Feuerwehrleute werden
noch vermisst. Nach den bisherigen Feststellungen, wurde
15 Personen schwer verletzt in das Hospital gebracht. Die
Sachschaden wird auf Millionen Dollars geschätzt.

Tod bei der Menseur. Angehörige des Technikers
Bemgo, die schlagenden Verbindungen angehörten, hatten
vor einiger Zeit einen Menseurtag abgehalten. Hierbei hat
eine Menseur einen tragischen Ausgang genommen. Eine
der Beteiligten wurde durch einen Stich in den Unterleib
getötet. Die Waffe war durch den Bauchschuß in den Leib
gebrungen, was den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der
Student, der den tödlichen Streich geführt hat, wurde zu
zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine mißverstandene Filmaufnahme. Bei Reap
arbeitete eine Filmgesellschaft. Große Massenversammlungen,
die als Garibaldiner verkleidet waren, fingierten einen Angriff auf den Bahnhof. Die Eisenbahn-
arbeiter, die nicht unterrichtet waren, glaubten an eine
sachliche Rache und machten ihrerseits einen Gegen-
angriff. Eine veritable Schlacht entbrannte. Glücklicherweise
wurde ohne Waffen, denn die garibaldinischen bestanden aus
Pappe. Man baute sich regelrecht nach allen Regeln der
Kunst. Der Filmoperateur hatte noch nie in seinem Leben
eine so natürliche Schlacht „gedreht“. Da auch die Ver-
lehtungen sich nicht als allzu ernst erwiesen, endete die Sache
in Fideleitas.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungs-Kalender werden nur bis 9 Uhr morgens in
der Geschäftsstelle, am Spandauer 4, gegen Vorzahlung entgegengenommen.
Zellenpreis 15 Guldenpostfrei.

Stadtbürgerfraktion der S.P.D. Montag, 5 Uhr nach-
mittags: Fraktions-Sitzung im Volkstag.

S.P.D. Volkstagsfraktion. Montag, den 17. November
abends 7 Uhr: Sitzung im Fraktionszimmer.

**D.M.S. Freilorganisierte Arbeiterfraktion der Eisenbahnen-
werkstatt.** Dienstag, den 18. November, 1/2 Uhr. In der
Maurerherberge (Schiffelhamm) und abends 7 Uhr in
Hendube bei Schönwiese finden zwei Versammlungen statt.
Tagesordnung: Betriebsangelegenheiten. (1495)

D. M. S. 2. Bezirk Rausacker. Dienstag, den 18. November
abends 7 Uhr, im Reinhammerpark, Kleiner Saal, Marien-
straße, Mitglieder-Versammlung. Redner: Kar-
schmidt, Thema: 1. Die Akkordarbeit, ihre Auswirkung
und Regelung; 2. Bericht von der Generalversammlung
3. Verbands- und Bezirksangelegenheiten.

D. M. S. 5. Bezirk Kesselfrasser. Dienstag, den 18. No-
vember, abends 6 Uhr, im Lokal „Zum Leuchtturm“.
Redner: Knauer. Thema: „Wirtschaftliche Selbsthilfe“
sonst wie oben.

D. M. S. 8. Bezirk Sebnitz. Dienstag, den 18. November
abends 7 Uhr, bei Schönwiese. Redner: Vitzke. Thema
„Wirtschaftliche Selbsthilfe“. sonst wie oben.
In diesen Versammlungen sind auch die Frauen unsere
Mitglieder eingeladen. (1545)

Die Liebe

des Severin Imboden

19) Roman von Ernst Zahn

Das mußte er, daß er heimging. Aber das bald
wären ihm eine Erleichterung. Er arbeitete noch einem Mittel,
die Zeit zu überbrücken. Dann erfuhr er die Nachricht, daß
die Anwesenheit mit den Befehlshaltern angeordnete Schwierig-
keiten seien.

Und nun rief er sich zwei Nächte aus der Zeit heraus,
wie zwei Stunden, die nur für ihn waren. Zwei Nächte
war er sich ein.

Nun wußte er da oben im Geröll oberhalb des Sees
Sitz.

Der Wind hing über ihm, und das Bild des Mondes
wand in der Tiefe des Sees. Manchmal kam es ihm
wie Wunderbares Frieden, dann zerfiel die Luft
wieder, und die geschwundenen Splitter klangen
über den See.

Unausgesprochen sagte sich Severin nicht aus den Steinen her-
aus, damit Rico ihn nicht sehe, Rico, der Herr, der Be-
kanntheit, der —

Dann bemerkte er, daß die Erde um die Hüfte lagerte.
So war der Ort brünnlich und kühl.

Nun rückte er sich auf. Er war barhaupt. Er liebte
es, wenn die Luft über ihm im See sich wühlte. Die
Luftkühlung ließ ihn sich. Er — den Kopf vom
See und schaute das Gebirg weit vor sich. Damit die
Hüfte seinen Kopf an seinem Körper habe. Sein Herz war
noch nicht. Kopf konnte er nicht. Das Bewußtsein, in
Gegenwartigkeit zu sein, erfüllte ihn mit dringender
Friede.

Dann kam seine Gedankens. Ob sie wirklich in
der Hüfte war? Es rief ihn zu ihr hinunter — gleich —
heit. Er mußte er in die Hüfte treten, sich hinein in
eine tiefe Ruhe, während sie schlief. Es rief ihn — brünnlich
war.

Er mußte einen Schritt, an dem er stand, und brachte
die Hüfte in den harten Stein.

Und nun war er bei ihr. Er überlegte
und dachte sich, daß die Hüfte vertragen würde, die Gegenwart
zu sein.

Er legte sich nieder und sah tief in den Himmel hinein,
an einer Stelle, wo die Mondhülle nur noch wie ein Hauch
war und jener sich wie eine Dampfwolke wühlte. Er hatte
die Hand im Gras und fühlte den kühlen Wind in den
Haaren. Er schlief sogar ein.

Als er aufwachte, wurden die goldenen Sterne weithin
und zerronnen wie Wolk. Ein Hund bellte in der Ferne.
Nach der des Rico schlug an. Ein Vogelstimmchen blühte
irgendwo auf. Nur ein, verloren in der Stille. Der
Rücken sah im erweichenden Morgen.

Severin erhob sich vorsichtig. Steine verletzten ihn. Die
Berat gähnten. Er fühlte, daß ihm Hände und Gesicht rot
wurden von ihrem Blutschein. Es ging wie ein Bluten
rind.

Er schaute nach der Hüfte hinunter. Nach einer Weile
sah er Rico mit der Erde anzuheben. Giovanni sah
er nicht.

Über als ihm schon Angst befallen wollte, daß sie fort sei,
Rico kam aus der Hüfte.

Bald gewahrte er, wie sie mit einem Kesselfrasser der Al-
penwiese aufschritt, auf welcher der Großvater wohnte.

Nun konnte er sich auf die Dauer des ganzen Tag. Er
sah das Mädchen zur Hüfte zurückkehren und nach Stunden
abermals dem Alten Offen entgegen. Über der Stelle, wo
er lagerte, näherte sie sich nicht.

Niemand hörte ihn in seinem Versteck. Aber er litt
Qualen. Er empfand das Bergehen des Tages, als zerr-
ranne ihm ein heißes Blut unter den Händen. Im
nächtlichen Abend mußte er schlafen sein! Wenn er Giovanni
bis zum Morgen nicht sprach, mußte er unversöhnlicher
Dinge wieder fort. Er mußte ja nicht, was er von ihr
wollte. Und wartete doch und hatte ein Grauen vor dem
Gedanken, weiter zu schlafen, ohne ihr was gewesen zu sein.
Jedenfalls sprang er auf, um offen nach der Hüfte hin-
unter zu gehen. Aber immer wieder bezwang er sich und
wartete.

So kam der Abend.

Mit Hüten hatte der Tag begonnen. Auf dem zerrann er.
Hölzer waren zerbrochen, kleine Wolk, als wühlten auch
am Himmel Himmel. Die riefen sich, als die Sonne ge-
sunken war, und hinter ihnen klang die Stille
genügend.

Durch den leuchtenden Abend sah Severin allmählich
Giovannas Herantreten. Seine Augen waren milde vom
Lanternen Schein. Er hatte sie abgewendet, und als sein
Bild die Hüfte wühlte, sah, war das Mädchen schon unter-

Severin schaute sich nach Rico Guarba um. Der kam
immer noch am Seeufer, der Schatten seiner langen Ge-
hüll nach ins rotliche Wasser hinab.

Giovannina kam näher und näher. Anfanglich schien es
als ob sie geradeaus auf die Stelle anhalte, an welcher
er auf der Hüfte lag. Ihr weißes Samt kleidete hinter
ihre wie ein Hindlein. Sie ließ die Arme hängen und
hatte die Hände verhängen. Ihre Augen hingen an
Himmel. Sie hatte etwas Traurvolles, fast Ver-
störtes. Ihre nackten Füße waren braun von dem grauen
schmalen Sandwege ab, den sie schritt. Ihr ärmliches Kleid
hing leicht an dem schlanken, keinen Körper. Ihre Arme
waren nackt wie der Fuß. In den Schultern schimmerte
die kurzen Kermel des rauen Hemdes aus dem dunklen
Seidens des Kleides.

Jetzt wendete sie sich und machte Miene, einer anderen
Höhe anzukommen. Severin hörte sie leise vor sich hin
singen.

Er wollte anfragen und sie anrufen, da gewahrte er
noch eben, daß unten am See der Ort mit den Wänden auf-
merksam der Enkelin folgte. Er duckte sich und trod zurück,
bis zu ihm der Herantreten deckte, dann sprang er auf und
eilte in der Pishura abwärts, in welcher Giovanni
sich rannete war. Sein Herz klopfte. Wenn sie umkehrte! Wenn
er sie verfolgte!

Auf einmal sah er sie ganz nahe vor sich. Sie kam, den
Händen ihm angebreitet und wirkte nach dem See hinunter.
Rico, das Gesicht, große neben ihr.

Wieder schaute das Tier, rannte mit dem Fuße und
ließ einen dumpfen Angestalt aus. Sie bog sich zu ihm
und blickte sich um.

Severin schaute in ihre großen, grünen Augen. Sie
freute er die Hand aus.

Da kam sie zu ihm.

Sie waren nun beide vom See und nicht mehr sichtbar.

„Ich dachte, Ihr wäret noch immer fort.“ sagte Giovanni.

„Es weißt mir aus, daß ich hier bin.“ antwortete er
hastig.

Sie sah traurig vor sich nieder und schämte. Es fiel ihr
ein, daß er ja nichts mit ihr zu tun haben sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Kanold's Sahne-Bonbons
sind unübertroffen!

Danziger Nachrichten

Die neue Beamtenebefolungsreform.

Die Mitteilungen über die neue Beamtenebefolungsreform, welche wir gestern in einem Teil unserer Auflage wiedergegeben haben, haben sich bestätigt. Die Monatsgehälter sind in der gestern veröffentlichten Form vom Senat festgelegt worden. Einige kleine Änderungen sind noch zu verzeichnen. Ab 1. September d. J. sollen 95 Prozent der festgesetzten Monatsgehälter gezahlt werden solange keine Mietserhöhung eintritt. Einer Erhöhung der Friedensmiete um 10 Prozent soll jedesmal eine Erhöhung der Grundgehälter um 1 Proz. folgen, so daß bei Erreichung der Friedensmiete das volle Gehalt gezahlt werden soll.

Die Frauenzulage ist von 10 auf 15 Gulden erhöht worden. Die Kinderzulage ist wie folgt geändert worden: Für Kinder unter 6 Jahren erfolgt eine Erhöhung von 22 auf 27 Gulden, über 6 bis 14 Jahren eine Erhöhung von 26 bis 31 Gulden und über 14 Jahren eine Erhöhung von 30 auf 35 Gulden monatlich. Die Frauenbeihilfe soll auch verwitweten und geschiedenen Beamten gewährt werden, wenn ein Familienmitglied oder eine andere in den Hausstand angenommene Person den eigenen Hausstand des Beamten führt, jedoch darf für diese Person keine Kinderzulage gezahlt werden. Ferner muß der Beamte den Unterhalt dieser Person überwiegend bestreiten.

Die durch Beschluß des Volkstages vom 10. September d. J. bewilligte einmalige Wirtschaftszulage gilt als abgegolten und wird nicht in Anrechnung gebracht.

Durch diese Erhöhung der Gehälter erhöhen sich die Ausgaben des Staates für die letzten sieben Monate des Haushaltsjahres um 1445 000 Gulden, und zwar entfallen auf die Volkverwaltung 690 000 Gulden, auf die Volkverwaltung 590 000 Gulden und auf die sonstigen staatlichen Verwaltungsgeschäften einschließlich der Volksschulen 1 165 000 Gulden. Dieser Betrag verändert sich um die der Staatskasse wieder ausfließenden Abzüge am Gehalt für die Einkommensteuer. Der Senat bemerkt in seiner Begründung des Gesetzentwurfs für den Volkstag, daß der Danziger Beamtenebund dieser Vorlage zugestimmt hat.

Entsprechend der neuen Regelung der Bezüge der Beamten, werden auch die Bezüge der Wehrmänner, der Beamten im Vorbereitungsdienst und der Angestellten einschließlich der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen anderweitig geregelt werden.

Gründung einer Hypothekenbank.

Durch Danziger Banken ist jetzt eine Hypothekenbank A. G. mit einem Kapital von 1 Million Danziger Gulden gegründet. Auf das Kapital sind 25 Prozent eingezahlt. Die Hypothekenbank beabsichtigt, 3prozentige Pfandbriefe auszugeben, die über Gulden und Pfund Sterling lauten und deren Einlösung an der Berliner Börse gesichert ist. Die Hypothekenbank wird ihren Geschäftsbetrieb und das Verleihen des Pfandbriefverkaufs durchzuführen. Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Dr. Reikner, Direktor der Bank von Danzig, als Vorsitzender, Dr. Ernst Goldschmidt (E. L. Friedmann & Co., Berlin) und Direktor Otto Dremis (Danziger Privat-Affären-Bank) als stellvertretende Vorsitzende, ferner Direktor Ansohn (Danziger Bank für Handel und Gewerbe), L. G. Georg Verhaegh (Gebr. Verhaegh), Staatsrat Claassen (Landesverwaltungsamt für Angestellte), Senator Fuchs (Sparkasse der Stadt Danzig), Bruno Hornemann (H. Ramm, Bankgeschäft, Danzig), Oberregierungsrat a. D. Senator Rette (Danziger Raiffeisenbank, e. G. m. b. H.), Direktor Rosenthal (Banerische Vereinsbank, München), Direktor Wettrams (Dresdener Bank, Danzig). Zum Vorstand wurden vorläufig bestellt die Herren Direktor Richard Elmendorf und Dr. Carl Schäfer, die das Amt ehrenamtlich und unter Verbeihaltung ihrer Stellung bei der Bank von Danzig führen werden, bis die Hypothekenbank ihre Geschäfte in vollem Umfange aufnehmen wird. Zum Staatskommissar hat der Senat Senator Dr. Frank und zum Treuhänder Herrn Oberregierungsrat Dr. Dreyer bestellt. Neben einer Kasse und einer Vereinnahmung der Zinsen der Danziger Raiffeisenbank mit der neugegründeten Hypothekenbank im Gange sind Verhandlungen. Gewöhnlich ist eine Veranbarung des Aufsichtsrates durch Hauptwahl weiterer Persönlichkeiten vorbehalten.

Ein eulorischer Verleumdung.

Ein zweiter positiver Verleumdungsprozeß, dessen Vorgänge wir ebenfalls in Reuteich abgevielt haben, kam Freitag in Form einer Privatklage vor der Verurteilungskammer in Danzig zur Verhandlung. Auch hier kam ein Verleumdungsgeld und so erweist, offensichtlich gesehen, daß in Reuteich wieder Frieden eingeleitet ist.

Der Klage lagen folgende Einzelheiten zu Grunde. Der frühere Kreisverordneter von Reuteich, Gen. Siebler, hatte Privatklage gegen den dortigen Kammerverordneter Baumgart wegen Verleumdung durch die Presse erhoben. Er war vor einiger Zeit nach Reuteich gekommen und stellte sich sehr sozialdemokratisch ein. Man weiß aber den Saft an seinen Federn erkannt zu haben und das Wohl der Stadt ging unter dem Gewissen höher, als die Unterbringung einer Person, die sich parteifremdlich verhielt, aber doch nicht für das zu übernehmende Amt anständig zu sein schien. Dadurch kam die Veranbarung. Vor der diesjährigen Wahl der Stadtverordneten erließ in der Reuteicher Zeitung ein anonymes Schreiben an die Wähler, bei der kommenden Wahl nicht sozialdemokratisch zu wählen, weil diese Partei nicht die Interessen der Wähler vertritt. Gen. Siebler als Leiter der Parteiverwaltung widerlegte in einem von ihm gezeichneten Brief die angeführten Behauptungen, von der er gar nicht wußte, von wem sie ausgesprochen worden war. In diesem Brief wurde erklärt, daß der kleine Gen. Siebler die Parteiverwaltung nicht habe, andererseits nichts davon wisse, daß die Parteiverwaltung die Wähler freimachen habe und daß die Parteiverwaltung des geleitet habe. Fünf Tage vor der Wahl erließ dann in der Reuteicher Zeitung ein Schreiben, in welchem vom Gen. Siebler behauptet wurde, daß er sich auf Kosten der Arbeiter einen guten Namen verschaffen wolle. Vor auch dieses Schreiben erwiderte, so erwidert jetzt Gen. Siebler auf anderem Wege, was der Schreiber dieses Einzelfalles und des anderen war.

Als nun der Verfasser jenes Einzelfalles erfuhr, daß Siebler nicht mehr in Reuteich war, erließ er in der Reuteicher Zeitung eine Verleumdung, indem er nicht den Namen Siebler, sondern einen Namen, den er nicht kannte, als Verfasser des Schreibens angab. Die Parteiverwaltung wußte sich auf Kosten der Arbeiter einen guten Namen verschaffen. Das war natürlich ein großer Schaden und konnte durch den nicht die ersten Namen Verleumdungen erwidern.

Der nun in Reuteich in Reuteich wurde die Klage eingeleitet, da das Gericht in der Verhandlung über die

Probleme des Wohnungsbaues.

Der Heimstättenausschuß hielt kürzlich eine stark besuchte Sitzung des erweiterten Vorstandes ab. Ihr lag eine reichhaltige Tagesordnung vor.

Wo bleibt das Wohnungsbaugesetz? Diese Frage erörterte Professor Köppl. Er wies dabei auf die Möglichkeit der Durchführung des Wohnungsbaugesetzes in der vom Heimstättenausschuß vorgeschlagenen Form hin, nämlich unter Aufnahme des Spargedankens, der die einzig gesunde Grundlage für die Beschaffung der nötigen Mittel zum Wohnungsbau bildet. Er übte scharfe Kritik an Senat und Volkstag von denen der Senat nicht zeitig genug die Initiative ergriffen, der Volkstag diese für das Wohl der Bevölkerung dringend nötige Angelegenheit bis heute noch nicht erledigt habe. In Danzig sei es nun schon chronisch geworden, jeweils den Sommer nutzlos verstreichen zu lassen und im Winter zu bauen. Diesem Zustande müsse endlich einmal ein Ende gemacht und gelöst werden, daß nicht auch der nächste Sommer wieder fruchtlos verstreiche. Er empfahl den Gewerkschaften, gleichviel welcher Richtung, Bauingenossen zu gründen, da allein das Bauen auf gemeinschaftlicher Grundlage gegenüber dem Vergehen der Privatwirtschaft geeignet sei, uns aus dem Wohnungsleiden herauszuführen.

Dann sprach Obergerichtsrat Methner über die Erfassung der Inflationsgewinne beim Grundstückswechsel. Er bezeichnete es als eine Notwendigkeit, die durch billigen Grunderwerb in der Inflationszeit erzielten Gewinne bei künftigen Verkäufen durch Wiedereinführung der Wertwachstumssteuer zu erfassen. Diese Steuer sei lediglich durch ihre verkehrte Anwendung in der Inflationszeit, wo man den Wertverlust als angeblichen Wertzuwachs besteuere, unhaltbar geworden. Daran habe aber nicht das ganz vernünftige Gesetz vom 21. 2. 1922, sondern dessen auf dem verfehlten Grundsatz Mark-Mark beruhende Auslegung Schuld getragen. Wie notwendig die Wiedereinführung des Gesetzes sei, zeige eine Statistik, die der Vorstand des Heimstättenausschusses in Ermangelung einer brauchbaren amtlichen Statistik durch Vergleich der Adressbücher von 1918 und 1924 über den Grundstückswechsel in Danzig aufgestellt habe. Danach haben in dieser Zeit rund 50 Prozent aller Danziger Grundstücke ihren Besitzer gewechselt. Mein 600 Häuser wohnen nach Ausweis des Adressbuchs im Auslande. Der wirkliche Prozentsatz der Ausländer sei damit natürlich noch lange nicht getroffen. Zu welchen Preisen in jenen Jahren der Besitz gewechselt wurde, sei allgemein bekannt. Bei Verkäufen der Grundstücke zum vollen oder annähernden Friedenswert könne der gegenwärtige Besitzer den gesamten Gewinn unverteuert einstecken, da die herabgesetzte Grundwertsteuer diesen Wertzuwachs in keiner Weise erfasse. Neben der Wertwachstumssteuer sei die Durchführung einer allgemeinen Grundsteuer nach dem gemeinen Wert unter Trennung des Wertes von Boden und Baulichkeiten für den gesamten Freistaat zu empfehlen.

Oberinspektor Froie forderte, daß endlich zugunsten der Bauhandwerker das Reichsgesetz über die Sicherung der Bauforderungen für Danzig vollständig in Kraft gesetzt werde. Daß das Reich mit der Inkraftsetzung des für die Bauhandwerker wichtigen Zeiss noch immer im Rückstande sei, dürfe für Danzig keinen Hindernisgrund bilden.

Verhandlung eines guten Postens keine Beleidigung erwidern könne und dem Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen anerkannt (acht Tage nach der Wahl!). Diese Auffassung des Gerichts wird erstlich, wenn man berücksichtigt, daß der Amtsgerichtsrat Dr. Magdeburg der Führer der deutschnationalen Partei in Reuteich, den Vorsitz bei der Schöffengerichtssitzung führte. Die vom Privatkläger eingelegte Verurteilung kam nun vor der Truppenkammer zur Verhandlung. Der Vorsitzende hatte einen Vergleich an und der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Monath-Reuteich, wollte auch diesen politischen Prozeß durch einen Vergleich schließen, um die Ruhe in Reuteich wieder herzustellen.

Von der Verhandlung über den Vergleichsvorschlag interessierten die Ausführungen des Vorsitzenden, der da meinte, es sei ihm zweifelhaft, ob die Worte des Angeklagten von der Beschaffung eines guten Postens so kolossal ehrenrührig seien, da es doch heute üblich sei, sich auf Grund politischer Beziehungen persönliche Vorteile zu verschaffen. Dabei hat der Vorsitzende sicher an die deutschnationale Futtertruppenpolitik des Danziger Senats gedacht. Wir könnten ihm da eine große Zahl von Personen nennen, die da „auf Grund politischer Beziehungen“ persönliche Vorteile erstrahlt und erreicht haben. Schließlich meinte der Vorsitzende noch, daß der Vorwurf des kleinen Geldes noch schwerwiegender sein könnte, wie der Vorwurf des Angeklagten. Es kam sodann folgender Vergleich zustande: Die Parteien nahmen die von ihnen im politischen Kampf getragenen Leistungen mit dem Ausdruck des Bedauerns und mit der Erklärung zurück, daß ihnen die Absicht der Beleidigung der Person des Gegners ferngelegen hat. Der Angeklagte erklärte noch, daß er die Richtigkeit seiner Behauptung nicht aufrecht erhalten kann. Die gerichtlichen Kosten werden von den Parteien gemeinsam zur Hälfte getragen, die außergerichtlichen Kosten trägt jede Partei für sich. Der Privatkläger nahm daraufhin die Privatklage zurück, da ja der sozialisteneindliche Reudant die Unhaltbarkeit seines Vorwurfs offen zugegeben hat.

Die neue Messe.

Die III. Danziger Internationale Messe findet bekanntlich vom 5. bis 8. Februar statt. Die Messeleitung hat bereits eine großartige Vorbereitung eingeleitet. Sie versendet jetzt an die Geschäftswelt fast aller Länder einen Einladungsprospekt. Dieser ist geschmackvoll an gemacht. Er zeigt auf der einen Seite eine prächtige Aufnahme der Reichs-Partei mit dem Kranz und stellt die Verbindung mit dem Reichszeichen her, das bekanntlich ebenfalls das Kranz verleiht und für alle Messen beibehalten werden soll. Der Prospekt enthält alle wünschenswerten Angaben über die Messeveranstaltungen. Der Anmeldebogen für Aussteller auf dieser Messe ist auf den 22. Dezember festgesetzt worden.

Der Abgang einer Gütervermittlung. Der Fleißer Leo R. aus Lützen war in der Nacht von Sonnabend zu Montag in einem Lokal in der Brühlstraße, wo er sich an einer Gütervermittlung beteiligte. Er gewann auch einen der beschriebenen Vogel. Als er sich dann auf den Heimweg machen wollte, war die Gasse verstaubt. Die Anwesenden über den Verdacht des Sonntagbräutens führte schließlich zu Täuschungen, mit dem Ergebnis, daß der glückliche Gewinner nicht die Gasse, wohl aber verließene nicht ungeschickten Kopfschütteln ausging.

Regierungsbaumeister a. D. Benz sprach über die Ergebnisse des Spargedankens bei Baugenossenschaften. Er wies darauf hin, daß es einer Baugenossenschaft durch die Auffammlung der Sparsparnisse ihrer Mitglieder möglich gewesen sei, einen Grundstück von Geld für den Heimstättenbau zu bilden und in kurzer Zeit ca. 30. Heimstätten zu schaffen. Hierbei habe sich in hervorragender Weise die Selbsthilfe der Arbeiter betätigt, die eine Reihe von Arbeiten selbst übernommen und dadurch den Hausbau verbilligt haben. Auch er hält den Spargedanken für die einzig geeignete Grundlage der Beseitigung des Wohnungsleides.

Dann sprach Obergerichtsrat Methner über die vom Heimstättenausschuß schon in einer besonderen Broschüre besprochenen viel zu hohen Erbschaftsteuern der Stadt Danzig, die 20, 30 Pfennige und mehr pro Quadratmeter betragen und für den Siedler völlig unrentabel seien, während man in Deutschland Sätze von etwa 5 Pfennig als angemessen ansehe. Die Stadt Siegnitz z. B. gebe geringwertige Gelände zu 3/4 bis 5, mittlere zu 5, höchstwertige zu 8 Pfennig pro Quadratmeter in Erbschaft, die Stadt Gützkow zu 2 bis 4 Pfennig pro Quadratmeter. Außerdem sei die dauernde Verschlechterung der Erbbaurechte zum Nachteil der Erbbauberechtigten eine große Gefahr für den Fortbestand des in hohem Maße für den Heimstättenbau notwendigen Erbbaurechts. Der im Jahre 1921 bei der Stadt üblich gewesene Erbbaurecht sei eine brauchbare Grundlage des Erbbaurechts gewesen, während heute ganz besonders die Bestimmungen über die Veräußerung der Genehmigung zur Hypothekenaufnahme und die Heranziehung der Erbbauberechtigten zu Anliegerbeiträgen die Lage der Erbbauberechtigten erschweren. Im Zusammenhang hiermit wies Rechtsanwalt Grünh auf den Versuch des Senats hin, durch Einbeziehung des Erbbaurechts in das Gesetz über Kündigung langfristiger Miet- und Pachtverträge sich eine Aufwertung der alten Erbbaurechte weit über das noch sonstigen Aufwertungsgrundlagen berechnete Maß zu verschaffen. Der Erbsatz könne als dingliche Belastung eines Grundstücks nur im Zusammenhang mit der Aufwertung der anderen dinglichen Lasten neu geregelt werden. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Heimstättenausschuß schon in besonderer Eingabe scharfsten Protest gegen die Vermengung des Erbbaurechts mit den ganz anders gearteten Miet- und Pachtverträgen erhoben hat.

In der Diskussion sprachen zahlreiche Redner von dem Heimstättenausschuß angegliederten Organisationen, und von den anwesenden Mitgliedern des Volkstages und der Stadtbürgerchaft die Herren Spill, Mroczkowski und Mayen.

Folgende Richtlinien wurden einstimmig beschlossen:

1. Der Heimstättenausschuß verlangt die sofortige Durchführung des Wohnungsbaugesetzes auf der Grundlage des Spargedankens, damit die nächste Bauperiode nicht wieder ungenutzt verstreicht.
2. Erlassung der Inflationsgewinne beim Grundstückswechsel durch Wiedereinführung der Wertwachstumssteuer.
3. Einführung der allgemeinen staatlichen Grundsteuer nach dem gemeinen Wert.
4. Inkraftsetzung des vollständigen Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen.
5. Herabsetzung der Erbschaftsteuern und Rückkehr zur früheren besseren Form der Erbbaurechte.

Bildungsarbeit des Afa-Bundes.

Der Allgemeine Freie Angestelltenbund (Afa) hat sich nicht nur die Aufgabe gestellt, seine Mitglieder gewerkschaftlich zu schulen, sondern will ihnen auch Gelegenheit zur Weiterbildung und Pflege kultureller Werte bieten. In dieser Hinsicht ist ein Bildungsausschuß tätig bei der Arbeit. Die diesjährige Winterreise wurde mit einem Lichtbildvortrag: „Die Feuergefahren der Erde“ eröffnet. Dieser fand am Sonntag, den 19. Oktober im Kaiserhof statt. Vor gefülltem Saal sprach Kollege Leu über das Thema, das in die Gebiete der Astronomie und Geologie führte. Die Zuhörerzahl folgte mit Interesse diesem belehrenden Vortrag.

Am 26. Oktober erfolgte unter überaus starker Beteiligung die Besichtigung des neuen in Bau befindlichen Radanerkennungsmerkmalstübche. 9 Uhr morgens fuhren die Afa-Mitglieder in mehreren von der Eisenbahn gestellten Extrazügen nach Lappin. Dort übernahm der Betriebsleiter, Herr Regierungsbauart Veger die Führung. Das ganze Kraftwerk nebst Stauden erstreckt sich von Lappin bis Bölkau und ist in wahrhaft großartiger Weise angelegt. An Hand der von Herrn Bauart Veger gezeichneten Zeichnungen und schon fertig gestellten Bauten konnte man einen Einblick in dieses Riesengericht gewinnen. Herr Bauart Veger verstand es in weithergehender Weise die Erläuterungen zu geben. Für die überaus freundliche Führung sei Herrn Bauart Veger an dieser Stelle besonders gedankt. Mit einer kurzen Mittagspause, in der Kollege Leu einen Vortrag über „Gemeinwirtschaft oder Kapitalistische Wirtschaft“ sprach, dauerte die Besichtigung von 11 bis 14 Uhr.

Um die Mitglieder auch in künstlerischer Hinsicht zu erfreuen, wurde ein Kunstabend arrangiert, zu dem es dem Vorstand gelang, die Solokräfte und den Opernchor des Stadttheaters zu gewinnen. Die Veranstaltung fand am 13. November in der überfüllten Aula der Petri-Kirche statt. Der Opernchor unter Leitung seines Dirigenten, Kapellmeisters Götzling, eröffnete den Abend mit dem Begrüßungschor aus dem „Lannhäuser“. Dann bestritt eine Reihe erster Solokräfte das Programm. Opernsänger Wegmann trug die Gesänge Wolfram's aus „Lannhäuser“ vor. Mit Liedern von Strauß und Marx erkante Fränlein von Gayer. Herr Schwarz zeigte seine Kunst im vollendeten Vortrag der „Gris-Grählung“ sowie Siegmund's „Liebeslied“ und „Lobengrin's Rahmung“. Herr und Frau Schütz weitesterten in Sieder-Vorträgen. Den Abschluß gab der Chor mit Partien aus den „Meisteringern“. Der Abend war außerordentlich genussreich. Den mitwirkenden Künstlern wurde starker Beifall gezollt. Auch an dieser Stelle sei ihnen für ihre wertvollen Gaben herzlich gedankt.

Am 10. Dezember findet in der Petri-Kirche ein Vortrag der Gewerkschaften über „Kulturprobleme“ statt. Wir bitten diesen sehr interessanten Vortrag zu besuchen. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten und im Bureau der Afa, Karolinenweg 23, zu haben.

Der Straßenbahnverkehr in der Langgasse muß wegen Untergrabung der Gleise am Rathaus vom 17. November ab mehrere Tage hindurch durch Umwegen aufrechterhalten werden.

Stadtsammler vom 11. November 1924.

Todesfälle. Kamelie Febel, 40 J. 7 Mon. — Bankangestellter Leo Bach, 21 J. 2 Mon. — Schneidermeister Friedrich Bruns, 62 J. 6 Mon. — Tochter des Arb. Friedr. Hofe, 4 W. — Erb. Seina Raich, 18 J. — Witwe Frieda Prohm geb. Darré, 37 J. 9 Mon. — Ehefrau Marie Engel geb. Jordan, 61 J. 3 Mon. — Arbeiterin Therese Schmidt, 70 Jahre. — Ehefrau Anna Klan geb. Gwenzel, 57 J. 4 Mon.

Unfall bei den Arbeiten auf der Wetterplatte. Der 27 Jahre alte Hammer Josef Imuda war Sonnabend vor-mittag mit dem Transportieren einer Dampfmaschine be-schäftigt, als diese plötzlich umschlug und 3. schwer verletz-te. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterarms und Quetschungen des Armes und der Brust. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus transportiert.

Soprot. Einen Elternabend veranstalteten Sonn-abend in der Aula des Realgymnasiums die Behr- und die Jugendloge des Deutschen Guttemplerordens. Der Besuch war gut. Deklamatorische und musikalische Vorträge wechselten einander ab. Ein Schwank von Hans Sachs „Der Panzer im Fegesfeuer“, Stott und sicher gespielt, brachte die Anwesenden zeitweilig in die heiterste Stimmung. In einer kurzen Ansprache wies Studienrat Dr. Thimm auf die Ziele der Guttempler-Jugendbewegung hin. Dieser Abend brachte den Beweis, daß fröhliche Stunden auch ohne Bier und Schnaps gefeiert werden können. — Der Soprotzer Kärnergesangsverein beging Sonnabendabend im großen Kurhaus seine Stiftungsfest. Der etwa 90 Mann starke Chor legte unter seinem jetzigen Leiter, Lehrer Jelašni, Proben seines Könnens ab. Die Vorträge zeigten gute Schulung. Nur die Chor-Direktion zeigte starke Mängel. Jeder Sänger soll wissen, wann er zum Gesang fertig zu stehen hat; nicht so hier. Der Chorleiter mußte fast jeden einzeln dazu bitten, obwohl der Vorlesende vor-her dazu ermahnt hatte. Anders ist es doch bei den Arbeiter-sängern. Da steht alles auf einem Bunt. Die Bürgerlichen können hierzu noch manches lernen, aber in punkto Gesang werden die Arbeiter-sänger noch einiges lernen können.

„Michael“ in den U.S.-Lichtspielen. Einige Jahre vor dem Weltkrieg erschien der Roman „Michael“ des dänischen Dich-ters Hermann Bang, der die Tragödie des alternden Künst-lers behandelte, und der durch seine feinsinnige psychologische Schilderung berechtigtes Aufsehen erregte. Dieser Roman feinsten feinsten Borgänge ist nunmehr verfilmt worden. Natürlich konnte der Film nicht jene wundervolle zarte Schil-derung des Dichters wiedergeben, da im Film alles kräftig wahrnehmbar für das Auge herausgearbeitet werden muß. Auch manche psychologisch unverständlichen Sprünge in der Handlung muß man im Film mitnehmen. Dennoch kann man diesen Film nur begrüßen, da er sich in seiner Handlung, in seinen Bildern und den meisten Darstellern weit abhebt über das kitschige Zeug, das uns leider die meisten Film„dichter“, insbesondere die Amerikaner, bringen. Viele, die bisher Bangs Meisterwerk noch nicht kannten, werden nunmehr sicherlich danach greifen. Insofern trägt die gute Ver-filmung eines Literaturwerkes auch sicherlich dazu bei, daß breitere Volksschichten auch zur Bekanntschaft dieser Werte greifen. — Ein lustiges und belehrendes Beiprogramm vervollständigt das durchaus sehenswerte Wochenprogramm.

Im Flamingo-Theater wird wieder eine Novität gesetzt. In einem in natürlichen Farben gehaltenen Film „Die Totenblume“ wird das Bühnenspiel „Madame Butterfly“ wiedergegeben. Das Schicksal der armen, kleinen Frau Schmetterling ist sehr empfinden gestaltet. Die Hauptrolle spielt die japanische Kinoshauptspielerin Anna Man-Wong. Die Farbenfotografie ist nach einem neuen amerikanischen Verfahren sehr natürlich gelungen und werden viele prächtige Bilder gezeigt. Ein zweiter Film führt in das Gebiet der Frauenliebe. In einer vielgestaltigen Handlung wird die Treue der Frau bei den verschiedenen Völkern und in den verschiedenen Ständen behandelt. Auch dieser Film zeigt eine interessante Handlung und großes Spiel. Besonders zu loben ist die musikalische Begleitung, die die Kapelle Fuchs in vollendeter Form mit einem gut aus-gewähltem Repertoire beizutritt.

Das Odeon- und Eden-Theater wartet in dieser Woche mit einem heiteren Programm auf. Da ist in erster Linie ein amerikanischer Großfilm „Dr. Jack“ mit Harold Lloyd in der Hauptrolle. Die natürlich wirkende Komik dieses Schauspielers, seine schlangenhaltig-akrobatisch wirkenden Be-wegungen; geben dem Spiel so etwas explosiv wirkendes Drolliges, daß die Zuschauer aus dem Saal nicht heraus-kommen. — Auch der lange in der Versenkung ver-schwundene Max Linder ruft als gräßlicher Dämon in dem österreichischen Film „Der Luftkönig“ wahre Ach-tücke hervor, überhaupt ein Programm, so recht ge-schaffen das Lachen ausgiebig an seinem Recht kommen zu lassen.

Ämtliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 15. 11. 24
 1 Reichsmark 1,30 Danziger Gulden
 1 Loty 1,05 Danziger Gulden.
 Berlin, 15. 11. 24
 1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 19,4 Billionen Mk.
 Danziger Produktendörse vom 7. November. Weizen 130 Pfund 14,50—15 B., 122 Pfund 13—13,50 B., Roggen 13 B., Hafer 11,50—12 B., Viktoriaerbsen 20,— G., kleine Erbsen 10—12,50 B., (Großhandelspreise per 50 Kg. waggongfrei Danzig).
 Verantwortlich: für Politik Ernst Soos für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Frid Weber, für Inserate Anton Kookon, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl & Co. Danzig.

Nach kurzem Krankenlager starb am 16. d. Ms. der Rentant der unter-zeichneten Kasse

Herr Artur Linke

Der Verstorbene, vorher lange Jahre im Krankenkassendienst tätig, wurde bei Errichtung der Allgemeinen Orts-krankenkasse im Jahre 1914 als Rentant dieser Kasse übernommen und hat seine Dienstobliegenheiten bis zuletzt, trotz Nachlassens seiner Kräfte, auch in der schwersten Zeit, mit unermüdlichem Fleiß, seltener Treue und Pflichterfüllung versehen. Es war ihm nicht mehr ver-gönnt, seine Versetzung in den Ruhe-stand, die er kürzlich beantragt hatte, zu erleben.

Wir halten sein Andenken in Ehren.

Der Vorstand 15461
 der Allgemeinen Ortskrankenkasse
 in Danzig, Jopengasse 52

einschl. an die unterzeichneten Steuerkassen, hin-sichtlich der beiden ersten Steuerarten auch an die Steuerhilfsstelle Tiegenhof oder an die nach der Bekanntmachung vom 3. 1. 24 bis zum 18. November 24 zur Annahme berechtigten Kassen der Gemeinden Joppot, Oliva, Ohra und Neuteich zu entrichten. Nach genantem Tage werden außer den Gebühren von Fälligkeitstagen an 1% Zinsen monatlich erhoben.

Es wird darauf hingewiesen, daß trotz Ein-legung von Rechtsmitteln Zahlung zu leisten ist.

Vom 22. November ab werden die Rück-stände, soweit nicht Stundung gewährt ist, kosten-pflichtig beigetrieben. Bei Zustellung auf bar-geldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abzenders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 22. November der Kasse zugeführt ist, widrigen-falls die Beitreibungskosten fällig werden und mitinzuzufinden sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 271 des Steuergrundgesetzes vom 11. Dezember 1922.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht. Kassenstunden mit Ausnahme von Montag werktäglich 8—12½ Uhr vorm. Danzig, den 17. November 1924. (15460)
 Städtische und Freistadtkassen.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Montag, den 17. November, abds. 7 Uhr:
 Dauerkarten Serie I.
Kolportage

Komödie in einem Vorspiel und 3 Akten nach 20 Jahren von Georg Kaiser.
 In Szene gesetzt von Intendant Rudolf Schaper.
 Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9½ Uhr.

Dienstag, den 18. November, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Giltigkeit. Neu einstudiert.
„Jedermann“. Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes erneuert von Hugo von Hofmannsthal.

Mittwoch, den 19. November, abds. 7 Uhr. Dauerkarten Serie II. „Tristan und Isolde“. In 3 Aufzügen von Richard Wagner.

Gassner's

Liköressenzen

zur Selbstbereitung im Haushalt; ca. 30 verschied. Sorten. Flasche für ca. 2 Ltr. Likör-G 1.50.

Waldemar Gassner,
 Altstadt, Graben 19-20. (14573)

Friedr.-Wilh.-Schützenhaus

Mittwoch, d. 19. November, abds. 7½ Uhr:

KONZERT

Professor
Carl Flesch

Am Flügel: **Wilhelm Scholtz**

Programm: Nardini, Bach, Chopin, Schubert, Smetana, St. Saëns, Mozart, Paganini

Karten zu G 5,—, 4,—, 3,—, 2,—, 1,— und 10% Lustbarkeitssteuer in der Buchhandlung John & Rosenberg, Zeughauspassage

Konzertflügelbach aus d. Magazin Heinrichsdorff

Ämtliche Bekanntmachungen.

Um Bestrafungen wegen Übertretung der Polizeiverordnung vom 31. 7. 1896 betreffend die äußere Heißhaltung der Sonn- und Feiertage vorzugeben, bringe ich § 12 der genannten Verordnung hiermit in Erinnerung, nach welchem an den Sonntagen der 3 großen Feste (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) des Bußtages und des den Tode der Verstorbenen gewidmeten Festestages, sowie an den beiden letztgenannten Tagen selbst weder öffentliche noch private Tanz-musiken, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten ver-anstaltet werden dürfen.

Am Bußtage und am Charfreitage haben darüber hinaus alle öffentlichen Theater-Vorstellungen, Schauspielen und alle sonstigen öffentlichen Lustbarkeiten zu unterbleiben. Zu-lässig ist an diesen beiden Tagen die Aufführung großer Musikstücke (Oratorien pp).

Danzig, den 4. November 1924. (15383)
 Der Polizei-Präsident.

Öffentliche Steuerzahlung.

Die am 15. d. Ms. fällig gewesene Ver-mögens- und Gewerbesteuer für das IV. Viertel-jahr 1924, ferner die Hundesteuer für das II. Halb-jahr 1924 nach den letzten überänderten Steuer-bescheiden ist bis zum 22. November d. Js.

Turnen und Sport in Theorie und Praxis.

Winter-Vortragsreihe in der Technischen Hochschule.
 Mittwoch, 19. November, abends 8 Uhr
 Hochschul-Turn- und Sportlehrer G. v. Donop:
Das Touren- und Kunstlaufen auf dem Eise und die Entwicklung des Schlittschuhs.

Mit Lichtbildern und Vorführungen. 1.— G
 Akademisches Amt f. Leibesübungen. Senat, Geschäftsstelle f. Leibesübungen.

Skitrockenkursus

Beginn: Donnerstag, 27. 11. 24, 7 Uhr abends. Vortrag
 Ort: Lehrerseminar Langfuhr, Königstaler Weg 18. Haltestelle Uphaugenpark.
 Übungsstunden: 29. 11., 6. 12., 13. 12., 20. 12. von 7—9 Uhr abends.
 Gebühren: Erwachsene 8.— G, Jugendliche 6.— G.
 Skier sind mitzubringen.

Skifahrt nach Reinerz im Glatzer Bergland.

Abfahrt: 26. 12. Rückreise beliebig oder gemeinsam am 7. 1. 25.
 Durch Entgegenkommen der Kurverwaltung und bei Reiseermäßigung kostet die Fahrt bei zehntägigem Aufenthalt ca. 150.— G, zahlbar ratenweise vor Reiseantritt. In Reinerz Skikursus für Anfänger und Fort-geschrittene. Sportliche Leitung: Dipl. Turn- und Sportlehrer H. Schulte. Anfragen und Meldungen bis zum 13. 12. 24 an
 Wintersportausschuß, Kreis II.
 Geschäftsstelle: Schulte, Langfuhr, Hauptstraße 43.
 Senat, Geschäftsstelle für Leibesübungen. 15458

Billig zu verkaufen

engl. Bettgest., Mahagoni mit Marmorol., Chaiselong, Sofa, Kleidersthr. m. Spiegel, Böttcher-gasse 3. †

1-2 fribl. möbl. Zimmer

auch mit Küchenbenutzung zu vermiet. Bestigl. Sonntags vorm. 10-11 Uhr an Langfuhr, Rabesweg 31

Ein möbl. Zimmer

an 2 Herren zu vermieten. Offert. unt. V 14116 an die Exped. d. Volksstimme. †

Junges Ehepaar sucht ab 15. 11. oder 1. 12 ein leeres Zimmer mit Küchenbenutzung. Off. unt. V 141124 an die Exped. d. Volksstimme.

Junge, ruhigl. Frau sucht 6 Uhr abe ds Nebenbeschäftigung Offert. unt. M. B. 9 d. d. Exped. d. Volksstimme. †

Tauben-Vereins-

Ausstellung

Danziger Hochflieger

veranstaltet in der Zeit vom 21. 11., 6 Uhr abends, bis 23. 11., 8 Uhr abends im **St.-Josephshaus, Töpfergasse**

EINTRITTSPREISE
 für Erwachsene 0,50 G, Kinder 0,30 G

Verein der Züchter des Danziger Hochflieger
 gegründet: 22. Februar 1919

Weihnachtsbitte!

Gedenket der notleidenden Alten und spendet der Altershilfe der Stadtgemeinde Danzig.

Annahmestellen: Geschäftsstelle Plankengasse Nr. 4, 1 Et., Tel. 7514 (Bar- und Natural-spenden); sämtliche Redaktionen der Danziger Zeitungen und Bankkonto Nr. 196 der Ostrparkasse Danzig. †

Sängelampe | 1 blauer Ratsfenzanzug u. -Mütze, Wintermantel für 12jähr. Jung. z. verkf. Kadonnenstraße 51. † Paul Hahn, Wiefeng. 10, 1

Nach Vollendung meines Erweiterungsbaues

biete ich in allen Abteilungen eine große Auswahl von neuemgetroffenen

Winter- und Sportartikeln

Besonders große Auswahl in Herren-Artikeln aller Art zu herabgesetzten Preisen

Franz Rabe, Langfuhr, Hauptstraße 22